



# NIEDERSCHRIFT

über die 27. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 14.06.2022,

in der Jugendstilfesthalle, Großer Saal, Mahlastraße 3

Beginn: 17:00

Ende: 19:38



## Anwesenheitsliste

### Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Moritz Haas

Dr. Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

### CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Lena Dürphold

Ralf Eggers

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding

### SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn



Hermann Demmerle

Prof. Dr. Hannes Kopf

Florian Maier

Lisa Rocker

Magdalena Schwarzmüller

Aydin Tas

Hans Peter Thiel

### FWG

Aniello Casella

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Christian Gies

### Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Dr. Gertraud Migl

### FDP

Timo Niederberger

Dr. Elke Wissing

### Die LINKE

Daniel Emmerich

Tobias Schreiner

### AfD

Norbert Herrmann



Die PARTEI

Katharina Kerbstat

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete

Lukas Hartmann

Jochen Silbernagel

Berichterstatter

Bernhard Eck (Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz (Hauptamt)

Stefan Joritz (Rechtsamt)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Sandra Diehl (Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen



Julius Baur

Sophia Heimann

CDU

Susanne Höhlinger

FWG

Hermann Eichhorn



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass noch zwei Änderungsanträge eingegangen seien. Zum einen ein Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Verwendung der Corona-Sonderzahlungen und ein Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion zum CDU-Antrag zur Benennung der Straßen in den Ortsteilen. Da sich beide Anträge auf Punkte der Tagesordnung beziehen, schlage man vor, diese noch auf der Tagesordnung zu ergänzen.

**Der Stadtrat stimmte dem einstimmig zu.**

Es bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Neuausrichtung der Bodenpolitik  
Vorlage: 101/652/2022
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verkehrskonzept Wollmesheimer Höhe  
Vorlage: 101/654/2022
4. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Benennung und Umbenennung von Straßen und Plätzen in Ortsteilen  
Vorlage: 101/655/2022
- 4.1. Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Änderungsantrag Benennung von Straßen in Ortsteilen  
Vorlage: 101/660/2022
5. Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Mitgliedschaft beim Bund der Gemazahler e.V.  
Vorlage: 101/656/2022
6. Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Housing First in Landau  
Vorlage: 101/657/2022
7. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Senkung der Gebühren des EWL  
Vorlage: 101/653/2022
8. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Resolution zur Eindämmung der Saatkrähen  
Vorlage: 101/658/2022
9. Neubesetzung von Ausschüssen  
Vorlage: 100/357/2022
10. Sachstand und Mittelbereitstellung zur Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages 2024



Vorlage: 100/356/2022

11. Gründung einer neuen Feuerweereinheit im Stadtteil Landau-Queichheim  
Vorlage: 150/049/2022
12. Neupositionierung der Stadt Landau in der Pfalz zum Geothermiekraftwerk, insbesondere unter dem Aspekt der Lithiumgewinnung aus Thermalwasser  
Vorlage: 200/346/2022
13. Corona-Sonderzahlung des Landes zur Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte; Mittelverwendung  
Vorlage: 200/348/2022
- 13.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verwendung Corona-Sonderzahlung  
Vorlage: 101/659/2022
14. Verlängerung des Erlasses städtischer Sondernutzungsgebühren für Flächen zur Außenbewirtung gegenüber erlaubnispflichtigem und erlaubnisfreien Gaststättengewerbe bis zum 31.12.2022  
Vorlage: 320/053/2022
15. Einführung der ÖPNV - Preisstufe 0 im Stadtgebiet von Landau in der Pfalz  
Vorlage: 660/316/2022
16. Vollzug des Wirtschaftsplanes des GML 2022; Übertrag von Mitteln des Jahres 2021  
Vorlage: 820/332/2022
17. Neuer Sachstand Anwendung § 2b Umsatzsteuergesetz  
Vorlage: 860/550/2022
18. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin wollte wissen, warum es angesichts von ökonomischen und ökologischen Bedenken kein Moratorium zum angestrebten Baugebiet Landau-Südwest gebe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es zum Baugebiet Landau-Südwest eine klare Beschlusslage des Stadtrates gebe. Für ein weiteres Moratorium gebe es keinen Anlass.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Neuausrichtung der Bodenpolitik

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24. Mai 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Rocker begründete den Antrag. Trotz der extensiven Schaffung von neuem Wohnraum würden die Preise weiterhin steigen. Für Menschen mit geringem Einkommen und weniger Geld werde Wohnraum immer knapper. Ziel müsse eine preissenkende Bodenpolitik sein. Von den Investoren werde der günstige Preis aber nicht an die Verbraucher weitergegeben. Die Bindung über die Sozialraumquote sei begrenzt. Diese Entwicklung verpflichte uns zur Neuausrichtung der Bodenpolitik, um Wohnen in Landau möglich und attraktiv zu machen. Ziel sollte es sein, langfristig einen eigenen Grundstücks- und Wohnungsbestand der Stadt zu etablieren. Ebenso würde langfristig auch eine städtische Wohnungsbaugesellschaft Sinn machen, möglicherweise als 100 %-ige Tochtergesellschaft der Stadt. Die Stadt könne sich so unabhängig machen von äußeren Einflüssen.

Der Vorsitzende betonte, dass die SPD mit diesem Antrag einen Impuls aufgreife, den die Verwaltung bereits gesetzt habe. Es sei noch einiges an Vorarbeit zu leisten. Man habe dies für die Gremien in der zweiten Jahreshälfte geplant. Allerdings wolle er festhalten, dass die bisherige Wohnungsbaupolitik richtig war, mit der ein weiteres Explodieren der Kosten verhindert worden sei. Nun müsse man noch stärker auf den Verbrauch von Boden und Ressourcen achten. Die Verwaltung empfehle aus diesen Gründen, den Antrag im Gesamtkontext der nächsten Monate mit zu beraten.

Ratsmitglied Dr. Heidbreder erinnerte daran, dass man im Bauausschuss bereits über dieses Thema gesprochen habe. Man habe aktuell ganz viele verschiedene Herausforderungen, denen man sich gegenübersehe. So habe man das Thema Reduktion des Flächenverbrauchs, das Thema Energiesicherheit und Wärmeversorgung, den Leerstand und die Schaffung sozialen Wohnraums. Daher unterstütze man den Vorschlag, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen. Großer Nachteil einer Wohnungsbaugesellschaft sei das Thema, das man eine große Zinslast vor sich hertrage. Deshalb wolle man als Grüne erstmal den Wohnungsbestand über das GML voranbringen. Erst wenn ein gewisser Wohnungsbestand aufgebaut sei mache die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft Sinn. Eine Sozialquote mache natürlich grundsätzlich auch Sinn, nur könne man dies nicht unendlich nach oben ausreizen. Man müsse einen Weg finden, der sich rechne und funktioniere.

Ratsmitglied Löffel sah in dem Antrag ein Stück Wahlkampf. Im April habe man im Bauausschuss den Statusbericht entgegengenommen und diskutiert. Es habe dort auch einen Konsens gegeben, den ein oder anderen Punkt aufzugreifen. Man brauche jetzt nicht noch einen weiteren Antrag, da man bereits auf gutem Weg sei.

Ratsmitglied Freiermuth entgegnete Herrn Löffel, dass der Antrag sehr wohl seine Berechtigung habe. Es sei zu begrüßen und auch richtig, Eigentum zu fördern. Er sehe es aber nicht ganz so, dass Landau hier unabhängig agieren könne. Es gebe zu viele Player auf diesem Sektor. Dem Thema Erbbaurecht stehe die FWG offen gegenüber. Auch das Thema Wohnungsbaugesellschaft sei ja nicht neu. Beim Thema Bevölkerungsentwicklung sei es in Landau sehr erfreulich. Problematisch seien die Quadratmeterpreise. Er denke aber, dass hier eine gewisse Entspannung kommen werde.



Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass die Wohnungsnot in Landau nach wie vor groß sei. Man habe es nicht geschafft, städtisches Wohnungseigentum zu schaffen. Sie begrüße den Teil des Antrages der SPD, die Erbbaurechte wieder als Teil der Bodenpolitik einzuführen. Dies vertrete sie schon seit Jahren und ein entsprechender Antrag der Pfeffer und Salz-Fraktion werde in Kürze folgen. Hinsichtlich einer Wohnungsbaugesellschaft habe man mit dem GML im Moment gute Möglichkeiten. Eine Neuausrichtung der Bodenpolitik könne auch helfen, Eigentum zu fördern.

Ratsmitglied Emmerich sah viele gute Ansätze im Antrag der SPD. Es sei ein wichtiges Thema, aber nicht alles sei so abstimmbare. Es sei einiges noch nicht ausdiskutiert, wenn man hier auch eine Diskussion aufgreife, die im Bauausschuss bereits geführt worden sei.

Ratsmitglied Rocker widersprach den Ausführungen der CDU-Fraktion. Der Antrag sei kein Wahlkampf, vielmehr sei Wohnungspolitik schon immer Thema gewesen. Es sollte eigentlich Konsens sein, dass sich was ändern müsse. Für einzelne Punkte dahin sei man ja durchaus offen.

Ratsmitglied Löffel stimmte zu, dass sich was ändern müsse. Dies sei klar und da sei man sich einig. Dennoch hätte es seiner Meinung nach des Antrages nicht bedurft, da die Verwaltung ja den Auftrag habe bis zum Jahresende eine Analyse zu entwickeln.

**Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis und beschloss ihn im Gesamtkontext dieses Thema weiter mit zu beraten.**



### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

#### **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verkehrskonzept Wollmesheimer Höhe**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 31. Mai 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Man sollte insgesamt über Verkehrskonzepte nachdenken, hierfür biete sich die Wollmesheimer Höhe an. Bei der Gelegenheit könne man auch das Thema Beleuchtung in diesem Gebiet angehen.

Beigeordneter Hartmann signalisierte die grundsätzliche Zustimmung der Verwaltung hierzu. Allerdings wolle er nicht nach Queichheim jetzt direkt die Wollmesheimer Höhe machen. Dort würden durch verschiedene Maßnahmen einige belastende Punkte wegfallen. Er schlage vor, den Antrag in den Mobilitätsausschuss zu verweisen und dort weiter zu berichten und zu beraten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 31. Mai 2022, die Stadtverwaltung mit der Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes für das Gebiet „Wollmesheimer Höhe“ zu beauftragen, wird in den Mobilitätsausschuss verwiesen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

### Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Benennung und Umbenennung von Straßen und Plätzen in Ortsteilen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 1. Juni 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Mit dem Antrag gehe es um eine Präferenz für weibliche Namen bei Straßenbenennungen. Und es gehe darum, dass der jeweilige Ortsbeirat vor einer Entscheidung im Hauptausschuss angehört werde. Ihm sei bewusst, dass es hier einen Zielkonflikt gebe. Man dürfe aber das Votum eines Ortsbeirates nicht ignorieren, sondern müsse es respektieren. Der Stadtrat sollte sich verpflichtend am Votum eines Ortsbeirates orientieren, sofern keine anderen Gründe dagegenstünden.

Ratsmitglied Schreiner konnte das Anliegen der CDU-Fraktion absolut nachvollziehen. Die Entscheidungen der Ortsbeiräte sollen schon berücksichtigt werden. Deshalb habe seine Fraktion den Änderungsantrag eingebracht, den er als Kompromiss sehe.

Ratsmitglied Saßnowski erklärte, dass der Stadtrat erst am 8. März seinen Grundsatzbeschluss zu Frauennamen bekräftigt habe. Das Anliegen der CDU sei schon gelebte Praxis, das Recht der Ortsbeiräte, Vorschläge für Straßenbenennungen in ihrem Ort zu machen, bleibe davon unberührt. Als Stadtrat treffe man Entscheidungen über Rahmenbedingungen für ganz Landau.

Ratsmitglied Maier unterstrich, dass man mit dem Anliegen, den Ortsbeiräten mehr Mitsprachemöglichkeiten zu geben, bei der SPD offene Türen einrenne. Die Frage sei, ob man die Hauptsatzung dahingehend ändern könne, dass die Ortsteile die Namensgebung für Straßen und Plätze im Ortsteil komplett übertragen bekommen.

Herr Joritz entgegnete, dass man dies prüfen könne.

Ratsmitglied Freiermuth fände es begrüßenswert, wenn die Ortsbeiräte hier ernst genommen werden würden.

Ratsmitglied Dr. Wissing war der Meinung, dass dies keine Frage der Ortsteile sei. Sie könne diesem Antrag nicht zustimmen.

Ratsmitglied Kleemann gab zu bedenken, dass man Grundsatzbeschlüsse auch ändern könne. Es zu erzwingen, dass Straßen nach Frauen benannt werden, funktioniere offenkundig nicht. Bürgerwünsche und einen einstimmigen Beschluss eines Ortsbeirates zu ignorieren vermittele den Eindruck, dass ein Ortsbeirat nicht ernst genommen werde. Man werde dem Antrag der CDU zustimmen.

Der Vorsitzende schlug vor, dies vom Rechtsamt prüfen zu lassen und dann im Hauptausschuss zu berichten.

Ratsmitglied Dr. Blinn hielt eine Orientierung an einem Votum des Ortsbeirates für in Ordnung. Aber als Ratsmitglied sei man an Weisungen nicht gebunden, sondern müsse sich am Gemeinwohl orientieren.



Ratsmitglied Kerbstat unterstrich, dass eine Quote nicht freiwillig sein könne. Sonst bräuchte man auch keine Quote einführen. Die Frage sei ja auch, wie dieses Votum in Mörlheim denn abgelaufen sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Benennung und Umbenennung von Straßen und Plätzen in einem der Ortsteile von Landau wird in den Hauptausschuss verweisen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.1. (öffentlich)**

**Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Änderungsantrag Benennung von Straßen in Ortsteilen**

Der Vorsitzende verwies auf den Änderungsantrag der LINKE-Stadtratsfraktion vom 13. Juni 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 4 verwiesen.

**Der Stadtrat nahm den Änderungsantrag zur Kenntnis.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)**

**Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Mitgliedschaft beim Bund der Gemazahler e.V.**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion vom 2. Juni 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Heim begründete den Antrag. Durch den Beitritt beim Bund der Gemazahler könnten 20 % an Kosten gespart werden. Die Verwaltung sollte dies entsprechend prüfen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Verwaltung dies gerne prüfe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Die Stadt Landau prüft, ob eine Mitgliedschaft beim Bund der Gemazahler e.V. einen finanziellen Vorteil für die Stadt und ihre Veranstaltungsgesellschaften hat. Sollte sich eine Mitgliedschaft finanziell lohnen, wird die Stadt Mitglied. Gemeinsam mit dem Kulturbeirat soll über die Verwendung des eingesparten Geldes entschieden werden.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

### Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Housing First in Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion vom 2. Juni 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Saßnowski begründete den Antrag. Bei Housing First gehe es um Fragen der Obdachlosigkeit und um Menschen in Obdachlosigkeit. Als Stadt schaue man nicht einfach zu, sondern mache schon einiges. Mit dem Beitritt zu diesem Pilotprojekt in Rheinland-Pfalz könne man Teil einer bundesweiten Bewegung werden. Die Idee dahinter sei, obdachlosen Menschen eine eigene Wohnung zur Verfügung zu stellen. So gelinge es meistens, weitere Hilfen zu initiieren. Hierzu müssten Menschen aber an einem sicheren Ort sein. Housing First werde wissenschaftlich begleitet. Dabei sei festgestellt worden, dass 70 % der Menschen auch nach 2 Jahren noch in ihrer Wohnung und auch teils wieder in Arbeit seien. Man bitte zu prüfen, ob Landau sich als Modellstadt für dieses Projekt bewerben könne.

Der Vorsitzende erläuterte, dass man sich in den letzten Jahren bereits intensiv dem Thema Obdachlosigkeit zugewandt habe. Man sei in diesem Thema bereits mit dem Land im Gespräch. Er schlage vor, diesen Antrag in den Sozialausschuss zu verweisen und dort aufzubereiten.

Bürgermeister Dr. Ingenthron ergänzte, dass man auf einem sehr guten Weg sei. Man sei mit der Caritas hier in partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Natürlich habe man auch dieses Programm wahrgenommen. Allerdings müsste die Stadt hier auch einen Personalanteil tragen. Man wolle versuchen, aus eigener Kraft unser Modell weiter zu tragen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion, eine Bewerbung für das Förderprogramm „Housing First in Rheinland-Pfalz“ zu prüfen, wird in den Sozialausschuss verwiesen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

### Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Senkung der Gebühren des EWL

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 25. Mai 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Bakhtari begründete den Antrag. In der nächsten Sitzung des Verwaltungsrates des EWL müssten sämtliche Rücklagen und zu erwartenden Einnahmen offengelegt werden. Die bisherige Gebührensenkung halte man für nicht ausreichend. Man fordere Transparenz und eine weitere Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

Bürgermeister Dr. Ingenthron entgegnete, dass dies schon seit 2020 Beschlusslage des Verwaltungsrates sei, in Erhaltungs- und Ausgleichsrücklagen aufzuteilen. Man brauche Rücklagen, um Investitionen zu tätigen. Dies werde man in der nächsten Verwaltungsratssitzung des EWL nochmals darstellen. Es seien in der ganzen Diskussion einige verschiedene Parameter zu berücksichtigen.

Ratsmitglied Lerch stimmte einem Verweis in den Verwaltungsrat EWL grundsätzlich zu. Fakt sei, dass mit Gebühren 11 Millionen Euro angesammelt wurden. Dies seien Gelder der Gebührenzahler. Fakt sei auch, dass durch den Verkauf des Müllheizkraftwerks noch einmal eine größere Summe zu erwarten sei. Man halte es rechtlich für bedenklich, diese 11 Millionen Euro für Erbbaugrundstücke zu verwenden.

Ratsmitglied Saßnowski plädierte dafür, die aktuelle Situation im Verwaltungsrat ausführlich darzustellen.

Ratsmitglied Maier betonte, dass die Senkung der Gebühren bereits beschlossen sei. Man müsse jetzt im Bereich des bezahlbaren Wohnraums aktiv werden. Da sollten sich Grüne und CDU nicht verweigern.

Ratsmitglied Dr. Migl ging es darum, die Diskussion zu versachlichen. Sie halte den Antrag der CDU für überflüssig und sei Wahlkampfgeplänkel. Im Grunde sei die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion dafür, Gebührensenkungen zu ermöglichen, wenn dies sachlich geboten sei.

Ratsmitglied Freiermuth würde es begrüßen, wenn das Wahlkampfgeplänkel außen vor bleiben würde. Man sollte den Verkauf des Müllheizkraftwerkes dazu nutzen, um Gebühren zu senken.

Herr Eck, Vorstand des EWL, betonte, dass der EWL auf dem Weg sei, Gebühren neu zu kalkulieren. Hierfür habe man im Verwaltungsrat und im Stadtrat bereits entsprechende Grundsatzbeschlüsse gefasst. Man werde in der Verwaltungsratssitzung am 30. Juni umfangreich informieren.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass ihm sehr an einer sachlichen Diskussion gelegen sei. Es werde ein Maximum an Transparenz geben.



Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, den EWL zu beauftragen, eine Senkung aller Gebühren soweit betrieblich möglich schnellstmöglich umzusetzen, wird in den Verwaltungsrat EWL verwiesen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

### Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Resolution zur Eindämmung der Saatkrähen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 6. Juni 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Eggers begründete den Antrag. Das Thema der Saatkrähen beschäftige uns schon sehr lange. Punktuelle Vergrämungen hätten durchaus ihre Wirkung gezeigt. Die CDU werde auch weiterhin diese Maßnahmen unterstützen. Trotzdem habe sich die Population der Saatkrähen deutlich erhöht. Sie würden weiterhin das Leben in der Stadt beeinträchtigen. Man wolle einen Verfahrensweg anstoßen, damit es im EU-Recht geändert werde. Die CDU-Stadtratsfraktion bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

Ratsmitglied Dr. Heidbreder stellte fest, dass dieses Thema seit 10 Jahren ohne Lösung diskutiert werde. Saatkrähen würden zu Recht unter Naturschutz stehen. Die Resolution berücksichtige nicht, dass der Abschuss im besiedelten Raum nicht erlaubt sei. Vergrämungsmaßnahmen würden nur funktionieren, wenn es attraktive Alternativen für die Vögel gebe. Die Resolution sei also populistisch. Problem sei die wegfallende Ernte, dass man aber über Entschädigungen für Landwirte regeln müsse. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion lehne die Resolution ab.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass die Resolution in die richtige Richtung gehe. Die SPD-Stadtratsfraktion werde zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass die Saatkrähen die Bürger nerven würden und ein echtes Problem seien. Dies lasse sich nur rechtlich lösen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Niederberger unterstützte den Antrag. Man habe die Situation, dass sich Bürger beschwerten über die Verunreinigungen. Man sollte diesen vorgeschlagenen Weg versuchen. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Kleemann erklärte, dass wir selbst verantwortlich seien, dass die Krähen in der Stadt leben. Man habe Bäume im Außenbereich abgesägt und entfernt, also seien die Saatkrähen in die Stadt gekommen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Resolution ab.

Ratsmitglied Kerbstat unterstrich ebenfalls, dass das Problem selbst gemacht sei. Der Schutz der Tiere bestehe ja nicht ohne Grund.

Ratsmitglied Schwarzmüller betonte, dass es ein großes Problem sei. Es gebe Menschen, die könnten damit nicht umgehen. Man könne nicht so tun, als wäre es kein Problem.

Ratsmitglied Follmann sah keine Chance das EU-Recht zu ändern. Man sollte sich eher über andere Maßnahmen und Lösungen Gedanken machen.

Beigeordneter Hartmann erklärte, dass ein möglicher langfristiger Ansatz sein könnte, Bäume, die von den Saatkrähen angenommen werden, im Außenbereich zu pflanzen.

Ratsmitglied Eggers stellte klar, dass er in seinen Ausführungen kein Versprechen gemacht habe, dass dies schnell gehe. Man müsse das Jagdrecht beachten, Stichwort befriedeter Bezirk. Natürlich gehe es nicht, die Tiere einfach zu töten.



Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 26 Ja- und 14 Nein-Stimmen nachfolgende Resolution:

**Der Stadtrat der Stadt Landau fordert die Landesregierung Rheinland-Pfalz auf, gesetzgeberisch wie folgt aktiv zu werden:**

- 1. Eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes zu initiieren um die Voraussetzungen zur Eindämmung der Saatkrähen in Rheinland-Pfalz zu erreichen.**
- 2. Der Stadtrat fordert hiermit die Landesregierung von Rheinland-Pfalz auf, dass die Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Artenpflanzen nach § 44 BNatSchG für die Tierart der Saatkrähen über den Bund geändert werden. Eine Ausnahme im Sinn des Artikel 9 der Vogelschutzrichtlinie im Bundesnaturschutzgesetz soll erlassen werden, welche durch einen Antrag über die europäische Kommission gemeldet und genehmigt werden muss.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

### Neubesetzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 9. Juni 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt:

1. Frau Lea Saßnowski, Landau in der Pfalz  
als Mitglied in den Universitätsausschuss und in den Sozialausschuss;
2. Frau Helen Prats Baumann, Landau in der Pfalz  
als Mitglied in den Sozialausschuss;
3. Herrn Moritz Haas, Landau in der Pfalz  
als Mitglied in den Beirat für Migration und Integration und in den Vorstand des Büros für Tourismus;
4. Frau Sophia Maroc, Landau in der Pfalz  
als stellvertretendes Mitglied in den Hauptausschuss, den Werksausschuss GML und den Umweltausschuss;
5. Frau Hannah Trippner, Landau in der Pfalz  
als stellvertretendes Mitglied in den Hauptausschuss und in den Kulturausschuss;
6. Herrn Bruno Sebastian Leiner, Landau in der Pfalz  
als stellvertretendes Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss und in den Sportausschuss;
7. Herrn Markus Heim, Landau in der Pfalz  
als stellvertretendes Mitglied in den Sportausschuss, den Mobilitätsausschuss und den Sozialausschuss;
8. Frau Dr. Lea Heidbreder, Landau in der Pfalz  
als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen;
9. Herrn Christian Kolain, Landau in der Pfalz  
als stellvertretendes Mitglied in den Mobilitätsausschuss und in den Jugendhilfeausschuss;
10. Frau Dr. Maike Gudorf, Landau in der Pfalz  
als stellvertretendes Mitglied in den Sozialausschuss.



**Darüber hinaus werden alle Ratsmitglieder der GRÜNE-Stadtratsfraktion als weitere Vertreter in den Ausschüssen gewählt.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

### Sachstand und Mittelbereitstellung zur Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages 2024

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 9. Mai 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Saßnowski erklärte, dass es innerhalb der GRÜNE-Stadtratsfraktion nach wie vor starke Vorbehalte hinsichtlich der Finanzierung gebe. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion werde sich enthalten.

Ratsmitglied Dr. Migl lehnte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion die Vorlage ab. Sie glaube nicht, dass 350.000 Euro ausreichend seien. Zudem sehe sie die Gefahr, dass durch den Rheinland-Pfalz-Tag das eigentliche Stadtjubiläum in den Hintergrund rücke.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck war der Meinung, dass der Rheinland-Pfalz-Tag 2001 Landau enorm vorangebracht habe. Man sehe Synergieeffekte, wenn man das Stadtjubiläum mit dem Rheinland-Pfalz-Tag verbinden könne.

Ratsmitglied Freiermuth stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zu. Die Frage sei, warum dies nicht das Team des Büro für Tourismus mache.

Ratsmitglied Maier zeigte sich glücklich, dass Landau den Zuschlag für den Rheinland-Pfalz-Tag erhalten habe. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Niederberger stimmte für die FDP-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 30 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen:

- 1. Der Stadtrat stellt zur Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages im Nachtragshaushalt 2022 Mittel in Höhe von 350.000 Euro zur Verfügung. Die Haushaltsmittel verteilen sich auf die Jahre 2023 und 2024.**
- 2. Der Stadtrat stimmt der Schaffung einer zusätzlichen befristeten Stelle (A 11 / E 10 in Vollzeit) zur Steuerung und Koordination des Rheinland-Pfalz-Tages zu. Die Stelle wird der ADD als Nachtrag für den Stellenplan 2022 vorgelegt. Da vakante Stellenanteile zur Kompensation herangezogen werden können, handelt es sich um keinen genehmigungspflichtigen Nachtrag.**
- 3. Der Stadtrat nimmt den aktuellen Sachstand zum Rheinland-Pfalz-Tag 2024 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Planungen weiter zu konkretisieren.**



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

### **Gründung einer neuen Feuerweereinheit im Stadtteil Landau-Queichheim**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Brand- und Katastrophenschutzes vom 19. Mai 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Doll sah einen guten Weg mit der Gründung dieser neuen Feuerweereinheit. Es gehe darum, die Erreichbarkeit zu optimieren. Man habe in kurzer Zeit 26 Interessierte gefunden, dies sei sehr positiv.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Zur Verbesserung der Hilfsfristen im Stadtgebiet durch die Feuerwehr Landau in der Pfalz stimmt der Stadtrat der Gründung einer neuen Feuerweereinheit im Stadtteil Queichheim zu.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

### Neupositionierung der Stadt Landau in der Pfalz zum Geothermiekraftwerk, insbesondere unter dem Aspekt der Lithiumgewinnung aus Thermalwasser

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 26. April 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Anhörung habe deutlich gemacht, dass es beim Thema Geothermie und Lithiumgewinnung weiterhin viele offene Fragen gebe. Man könne sich als Stadtrat hier aber nicht heraushalten. Diese Vorlage sei ausdrücklich kein Freibrief für die Geothermie oder die Lithiumförderung.

Ratsmitglied Follmann sah das Potential der Geothermie vor allem bei der Deckung des Wärmebedarfs der Landauer Bevölkerung. Es sei ökologisch und technisch sinnvoller statt Strom Wärme zu produzieren. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion sei für eine veränderte Haltung und stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Lerch stellte fest, dass beim Geothermiekraftwerk Missstände vorhanden gewesen und Fehler gemacht worden seien. Dies dürfe sich nicht mehr wiederholen. Das Kraftwerk habe aber eine Betriebsgenehmigung, dies sei die Realität. Die Stadt selbst habe hier keine Entscheidungskompetenz, aber dennoch eine politische Verantwortung. Man sollte den Prozess ergebnisoffen begleiten. Hierbei müsse Transparenz und Sicherheit an oberster Stelle stehen und Haftungsfragen müssten geklärt sein. Für all dies bedürfe es der Begleitung des Prozesses. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Albrecht erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion den angestrebten Paradigmenwechsel zwiespalten sehe. Dem Punkt 1 der Vorlage zur geothermischen Nutzung könne man zustimmen. Man nehme auch wahr, dass sich hier die Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger geändert hätten. Natürlich sollte man sich eine gesunde und kritische Haltung bewahren. Den Punkten 2 und 3 der Sitzungsvorlage könne man jedoch nicht zustimmen. Aus der Anhörung heraus seien nach wie vor viele Fragen offen. Die Lithiumgewinnung sei ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Mit dem jetzigen Wissenstand lehne man einen neuen oder weitere Standorte ebenso ab wie eine positive Beschlussfassung zur Lithiumgewinnung. Daher stelle man den Antrag, die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass das Geothermiewerk in Landau bisher wahrlich kein Ruhmesblatt gewesen sei. Mittlerweile sei aber weitestgehend Ruhe eingekehrt. Daher wäre es schlecht, jetzt Türen zuzuschlagen. Man sollte sich Optionen hinsichtlich Wärmegewinnung und Lithiumförderung offenlassen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl kritisierte, dass die Anhörung mit einer klaren Schlagseite besetzt gewesen sei und mit Personen, die ihr Geld damit verdienen. Im Gegensatz zur Behauptung der IKAV seien die Haftungsfragen nicht geregelt. Sowohl IKAV als auch VulcanEnergy seien kritisch zu bewerten. Man habe damals einen Fehler begangen und hätte das Geothermiewerk nicht mitten in Landau platzieren dürfen. Die dritte Bohrung sei vom Bergamt noch nicht genehmigt, solle aber jetzt schon akzeptiert werden. Dies sei ein weiterer Fehler. Wenn man wirklich „Safety first“ wolle, dann müsse man das Geothermiekraftwerk abschalten. Die Geologie und Tektur des Oberrheingraben setze hier Grenzen. Aus alledem werde die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion dies ablehnen.



Ratsmitglied Emmerich schloss sich vielen vorangegangenen Wortbeiträgen an. Es gebe Chancen und Risiken für die Wärmegewinnung. Natürlich habe es Schäden durch den Betrieb gegeben, allerdings sei man heute ein gutes Stück weiter. Die Technik ermögliche es, potenziell sicher zu arbeiten. Egal wie man sich positioniere ändere das nichts daran, dass das Geothermiewerk da sei und die dritte Bohrung kommen werde. Die LINKE-Stadtratsfraktion sei grundsätzlich für eine Neupositionierung, habe aber auch Kritik an der Anhörung. Diese sei gut gewesen, aber etwas unausgeglichen.

Ratsmitglied Niederberger erklärte, dass die FDP-Stadtratsfraktion der Vorlage ergebnisoffen zustimme. Wenn man wegen schlechter Erfahrungen Dinge verhindere, produziere man Stillstand. Die Technik sei mittlerweile wesentlich weiter.

Der Vorsitzende machte nochmals deutlich, dass die heutige Entscheidung keine Vorentscheidung sei. Klar sei, dass die Investoren und Betreiber von sich aus das Kraftwerk nicht stilllegen werden. Daher müsse es das Interesse der Stadt sein, dass es immer auf dem neuesten Stand der Technik betrieben werde.

Ratsmitglied Albrecht entgegnete, dass sie es so verstanden habe, dass es perspektivisch um neue Standorte gehe. Hier habe man dann schon eine Handlungskompetenz und natürlich auch eine Verantwortung.

Ratsmitglied Dr. Wissing betonte, dass die Elektromobilität auf dem Vormarsch sei und man Lithium brauche. Man solle nicht nur über Risiken bei uns reden. Man dürfe es sich nicht so leicht machen und einfach Lithium aus Entwicklungsländern beziehen. Man habe hier auch eine Verantwortung und dürfe nicht über die Arbeitsbedingungen und die Umweltverschmutzung dort hinwegsehen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

- 1. Der Stadtrat verändert seine Position zur Resolution vom 1. April 2014 (SiVo 100/125/2014), zuletzt geändert am 6. Juli 2021 (SiVo 230/461/2021) aus den in der Begründung dargelegten Gründen. Das bedeutet, dass der Betrieb des Geothermiekraftwerkes an der Eutzinger Straße einschließlich einer ggfls. notwendig werdenden dritten Bohrung akzeptiert wird, wenn die Verträglichkeit mit der Nachbarschaft über die gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungsverfahren nachgewiesen ist.**

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja- und 13 nein-Stimmen:

- 2. Zugleich steht die Stadt Landau einer Lithiumgewinnung aus Thermalwasser unter Berücksichtigung der Klimaschutzziele sowie der Belange der Regional-/Stadtentwicklung und des Wirtschaftsstandortes grundsätzlich positiv gegenüber.**
- 3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, Anfragen und Vorhaben zur Lithiumgewinnung ergebnisoffen zu begleiten und hierzu regelmäßig in den städtischen Gremien zu berichten.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

### Corona-Sonderzahlung des Landes zur Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte; Mittelverwendung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 1. Juni 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er wies weiter auf den Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 10. Juni 2022 hin. Man werde diesen gemeinsam mit der Vorlage beraten. Mittlerweile habe man aus der Corona-Pandemie Sonderbelastungen für den städtischen Haushalt von 31 Millionen Euro.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion. Das wichtigste in den Dörfern sei das Dorfleben und der Zusammenhalt. Die von seiner Fraktion beantragten 80.000 Euro wären in den Stadtdörfern gut angelegtes Geld.

Der Vorsitzende konnte den Antrag inhaltlich gut nachvollziehen. Er passe aber nicht in die Haushaltssystematik. Man müsse ihn haushaltskonform machen und habe daher einen Vorschlag mitgebracht. Daher schlage er vor, den Stadtdörfern zusätzliche Mittel bereit zu stellen für zweckgebundene Maßnahmen durch eine Erhöhung des Budgets I. Man werde hierfür einen Betrag von 50.000 Euro zur Verfügung stellen in Form eines Sockelbetrages je Stadtteil von 1.000 Euro sowie zusätzlich einem einwohnerbezogenen Betrag von 3 Euro je Einwohner. Diese Mittel wären auch übertragbar bis 2023. Die Entscheidung sollte dann auch vor Ort fallen unter der Voraussetzung, dass keine Folgelasten entstehen.

Ratsmitglied Maier hielt den Vorschlag des Oberbürgermeisters für eine gute Lösung. Wenn man dies auf diese Weise lösen könne, dann sei er froh und dankbar hierfür.

Ratsmitglied Doll begrüßte grundsätzlich den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion. Der vorgelegte weitergehende Antrag des Oberbürgermeisters sei im Sinne der Ortsteile. Die CDU-Stadtratsfraktion werde zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion dem Vorschlag zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der folgenden Mittelverwendung aus der Corona-Sonderzahlung in Höhe von 583.562,50 Euro wie folgt zuzustimmen:

1. Erlass städtischer Sondernutzungsgebühren für Flächen zur Außenbewirtung gegenüber erlaubnispflichtigen und erlaubnisfreien Gaststättengewerbe bis zum 31. Dezember 2022  
95.000,00 Euro
2. Eigenanteile für die Förderprogramme „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ (Bund) und „Innenstadtimpulse“ (Land)  
137.750,00 Euro
3. Förderung der Dorfgemeinschaft in den Stadtdörfern  
48.797,00 Euro



Hierbei gilt ein Sockelbetrag von 1.000 Euro je Stadtteil und ein Einwohnerbetrag von 3 Euro je Einwohner. Die Mittel werden zusätzlich zweckgebunden bereitgestellt für belebende/stabilisierende Maßnahmen zur Förderung der Dorfgemeinschaft in den Stadtteilen. Die Bereitstellung der Mittel erfolgt über das Budget I, sie sind bis Ende 2023 übertragbar. Wie die Mittel verwendet werden entscheidet der jeweilige Ortsbeirat unter der Voraussetzung, dass keine Folgekosten entstehen.

4. Allgemeine Corona-Bedingte Ausgleichs-/Deckungsmittel für den städtischen Haushalt

257.015,50 Euro



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.1. (öffentlich)**

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verwendung Corona-Sonderzahlung**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 10. Juni 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 13 verwiesen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)**

**Verlängerung des Erlasses städtischer Sondernutzungsgebühren für Flächen zur Außenbewirtung gegenüber erlaubnispflichtigem und erlaubnisfreien Gaststättengewerbe bis zum 31.12.2022**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Ordnungsamtes vom 30. Mai 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**die Verwaltung zu ermächtigen, die am 01.02.2022 bis zum 30.06.2022 beschlossene Verlängerung zum Erlass städtischer Sondernutzungsgebühren für Flächen zur Außenbewirtung nochmals bis zum 31.12.2022 zu verlängern.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)**

**Einführung der ÖPNV - Preisstufe 0 im Stadtgebiet von Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 26. April 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Der Einführung der Preisstufe 0 zum Jahresbeginn 2023 im Stadtgebiet Landau wird zugestimmt.**
- 2. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden ab dem Jahr 2023 bereitgestellt. Eine Gegenfinanzierung wird im Rahmen der Haushaltsberatungen 2023 dargestellt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)**

**Vollzug des Wirtschaftsplanes des GML 2022; Übertrag von Mitteln des Jahres 2021**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 2. Mai 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den Übertrag von Mitteln des Wirtschaftsjahres 2021 für die folgenden Maßnahmen:**

- Generalmodernisierung Berufsbildende Schule	1.072.000 EURO
- Grundschule Wollmesheimer Höhe, Erweiterung	480.000 EURO
- Toilettenanlage Ostpark	160.000 EURO
- Kita Beethovenstraße, Erweiterung	30.000 EURO



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)**

**Neuer Sachstand Anwendung § 2b Umsatzsteuergesetz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 27. April 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Aussetzung des Beschlusses Az. 860/513/2021 vom 04.05.2021 zuzustimmen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

### Verschiedenes

Ratsmitglied Schwarzmüller fragte, ob angedacht sei, dass das Bürgerbüro wieder an mehr als zwei Vormittagen für Vorsprachen ohne Termin öffne.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass im Moment hier keine Änderung geplant sei.

Ratsmitglied Dr. Migl sprach die Probleme der Landauer Tafel mit der Örtlichkeit an. Die Frage sei, inwiefern die Stadt hier unterstützen könne. Dies sei ja auch im städtischen Interesse.

Bürgermeister Dr. Ingenthron entgegnete, dass man versuche, das Raumproblem zu lösen.

Ratsmitglied Eggers bemängelte, dass die Fraktionen nicht zur Einweihung der Paul-Moor-Schule eingeladen waren.

Bürgermeister Dr. Ingenthron betonte, dass man es bewusst kleiner halten wollte.

Ratsmitglied Eggers ging auf die geänderten Öffnungszeiten des LaOla ab 15.00 Uhr ein. Dies führe dazu, dass zwischen 8.00 Uhr und 15.00 Uhr das LaOla für Schwimmunterricht an Schulen geöffnet werden könnte. Darüber habe das Amt für Schulen, Kultur und Sport Bescheid gewusst. Er frage sich, warum dies nicht umgesetzt worden sei, dies sei für ihn völlig unverständlich.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass man im engen Austausch mit den Schulen sei. Seines Wissens gab es keine diesbezügliche Anfrage.

Ratsmitglied Herrmann wollte wissen, was die Stadt gegen die zunehmenden Schmierereien an Gebäuden tun könne.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies leider eine Situation sei, die man nur durch entsprechende Anzeigen lösen könne.



Die Niederschrift über die 27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 14.06.2022 umfasst 28 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 111

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch  
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Lukas Hartmann  
Beigeordneter

Jochen Silbernagel  
Beigeordneter